

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 23

Artikel: Die "Avantgarde" auf dem Abstellgleis
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093370>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die «Avantgarde» auf dem Abstellgleis

In der Nähe der U-Bahn-Station «Aeroport» in Moskau steht ein modernes Gebäude – das Institut für Gesellschaftswissenschaften des Zentralkomitees der Partei. Dreissig Jahre lang wurden hier Vertreter der kommunistischen und prokommunistischen Parteien verschiedener Länder in Marxismus-Leninismus, Politökonomie, Politologie und Konspiration unterrichtet. 25 000 Absolventen dieser Parteihochschule haben die hier erworbenen Kenntnisse in ihren eigenen Ländern in Europa, Asien, Afrika oder Lateinamerika in die Praxis umgesetzt.

Eine Woche nach dem gescheiterten Putsch vom August wurde dieses Institut als Folge des Dekretes über die Einstellung der Tätigkeit der Kommunistischen Partei geschlossen. 140 Professoren und Dozenten sowie 780 Mitarbeiter des technischen Personals sind heute arbeitslos.

Tausende arbeitsloser Funktionäre

Aber auch anderswo sind Parteifunktionäre arbeitslos geworden: So stellte sich beispielsweise das Gebietspartei-Komitee von Rostow im August hinter die kommunistisch-konservativen Putschisten. Heute versucht der Erste Sekretär des Gebietskomitees von Rostow, Suslin, der Untersuchungskommission der Staatsanwaltschaft zu erklären, warum in den Räumen des Gebietskomitees so viele Reste von verbranntem Papier herumliegen. Etwa 5000 Parteifunktionäre sind im Rostow-Gebiet arbeitslos.

Nicht nur in der Russischen Föderation Jelzins, auch in anderen Republiken wird die Beschäftigung der arbeitslosen Parteifunktionäre zu einem schwierigen Problem. Es geht dabei nicht um eine «Hexenjagd» und nicht immer um Vertrauensmangel, sondern hauptsächlich darum, dass diese grosse Kategorie von Arbeitslosen praktisch unqualifiziert ist, weil sie ausser ihren Führungs- und Propaganda-Aufgaben nichts gelernt hat.

KP nicht mehr salonfähig

Zwar ist in den einzelnen Republiken die Lage der Kommunistischen Partei unterschiedlich, aber überall ist mit dem Zerfall der Union auch der Zerfall der KP eingetre-

ten: In Estland, Lettland, Litauen und jüngst auch Russland sind die KPs verboten; in Belorussland und in der Ukraine ist deren Tätigkeit eingestellt worden; in Kirgisien, Georgien, Armenien und Aserbeidschan haben sich die KPs aufgelöst; in Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan änderten sie ihren Namen.

Unklar ist auch die Lage bei den Parteifunktionären in den Streitkräften. Das Präsidentendekret über die Entflechtung von Partei und Armee wird zwar befolgt, man weiss aber nicht, was mit den 4000 Parteisekretären im Offiziersrang – nicht zu verwechseln mit den Politoffizieren – geschehen soll. Während die Politoffiziere für die moralisch-ideologische, also parteipolitische Erziehung verantwortlich waren, waren die Parteisekretäre vorwiegend mit administrativen Aufgaben der Partei betraut.

Alte «Seilschaften»

Viele der arbeitslosen Parteifunktionäre finden Unterschlupf in zahllosen neu gegründeten und oft recht dubiosen Assoziationen,

Firmen und Gesellschaften. So ist beispielsweise der Erste Sekretär des Stadtpartei-Komitees von Komsomolsk/Amur nach seinem Rücktritt Direktor einer nicht näher bezeichneten «Nachrichtenagentur» geworden. Und die Leiter und Dozenten der Parteihochschule von Chabarowsk haben ihre Parteischule in das «Sozial-politische Institut» umgetauft, das als Gemeinschaftsunternehmen mit südkoreanischen Geschäftsleuten ein Hotel führen will.

Bei der Arbeitsbeschaffung für ausrangierte Parteifunktionäre geht es nicht nur um die Berücksichtigung individueller Fähigkeiten, sondern um das bereits aus der Nazivergangenheit und jetzt auch aus der DDR bekannte Phänomen der «Seilschaften». Diese verbitterte, ihrer Privilegien beraubte Armee arbeitsloser Parteifunktionäre kann für den Staat gefährlich werden, besonders in Zeiten des Umbruchs, der Konfrontation, der Wirtschaftsnot.

So ist es auch kein Wunder, dass es neben reinen Hilfsmassnahmen (Gründung der «Gesellschaft zum Schutze der Rechte der Kommunisten») auch Ansätze zur Wieder-



«An wen soll ich mich wegen des Parteibeitrittes wenden?» – «An den Psychiater.»
«Komsomolskaja prawda»

belegung der Partei gibt. Zu erwähnen sind hier beispielsweise eine Initiativgruppe, die kürzlich eine Erklärung über den «Zusammenschluss und die organisatorische Vereinigung der linken und sozialistisch orientierten Kräfte Russlands» veröffentlichte, oder die «treuen Leninisten» um die bekannte Stalin-Anhängerin Nina Andrejewa, die den Ausschluss Michail Gorbatschows aus der Partei verlangen.

Wer beerbt die Partei?

Dabei geht es diesen Restauratoren und Säuberern der Partei oft weniger um prinzipielle ideologische Elemente der Wiedergeburt, als um handfeste materielle Werte, um das Erbe der früheren Avantgarde. Rund 5000 Gebäude sind KPdSU-Eigentum, wobei sie allein in Moskau eine Fläche von 137 000 qm umfassen. In 114 parteieigenen Verlagen und 81 Druckereien waren 80 000 Personen beschäftigt. Allein in Moskau betrug der Reingewinn von vier typographischen Grossbetrieben jährlich 450 Mio Rubel. Zum Parteieigentum gehörten auch 19 Sanatorien, vier Erholungsheime und Dutzende von Spitalern und Polikliniken. Die Ferienhäuser der Partei beherbergten 1800 Familien der Parteiprominenz.

Die Finanzverwaltung der Partei behauptet, das Gesamtvermögen der KP betrage nur 5,3 Mrd Rubel, und in der Staatsbank würden auf den Parteikonten nur 2,4 Mrd Rubel liegen. Über die Werte in den sogenannten gemeinsamen Unternehmen und in ausländischen Banken gibt es ausser Gerüchten und Mutmassungen keine offiziellen Angaben. Und auf die Frage, wer das Parteieigentum dereinst übernehme («Nedelja» 37/1991), gibt es keine klare Antwort.

Über die Parteifinzen wird auch im russischen Parlament diskutiert. Justizminister N. Fedorow berichtete über «die Ausgaben der KPdSU für den Unterhalt ausländischer kommunistischer Parteien nicht aus eigenem Budget, sondern aus der Staatskasse». Entsprechende Dokumente tragen die Bezeichnung «Die Verschuldung sowjetischer Organisationen gegenüber befreundeten Firmen», wobei unter «sowjetischen Organisationen» die KPdSU und unter «befreundete Firmen» die legalen und illegalen kommunistischen Parteien im Ausland gemeint sind.

Wie solche Bezahlungen abgewickelt wurden, belegt ein Dokument, das Justizminister Fedorow dem Parlament vorlegte. Demnach bezahlte die sowjetische Bank für Aussenwirtschaft auf Weisung 10,5 Mio Dollar an eine französische «Firma», die eine Rechnung über insgesamt 138 Mio Dollar gestellt hatte. Der Rest sollte später aus einem Kredit beglichen werden, den die französische Regierung der Sowjetunion zur Verfügung gestellt hatte. Mit anderen Worten: Paris subventionierte die französische KP via Moskau.

Mord oder Selbstmord der KPdSU?

Die Kommunistische Partei ist tot. Und wie in einem Kriminalfilm rätselt man, ob es Selbstmord oder Mord war. Die «Komsomolskaja prawda» vom 21.9.91 schreibt: «Die Leitung der KPdSU ist praktisch gelähmt und übergibt gehorsam ihre Archive und ihr Eigentum den Behörden... Es wurde kein ernsthafter Versuch unternommen, den Zerfall der Parteistrukturen aufzuhalten.» Gewohnt diszipliniert folgte die Partei der Auflösungsempfehlung (Selbstmordempfehlung) ihres Generalsekretärs.

Die «Prawda» vom 22.10.91 vertritt dagegen die «Mordtheorie»: «Der Partei wurde der Todesstoss gegeben. Das Schlimmste ist aber die Tatsache, dass es die Führung der KPdSU war, die die Partei opferte. Der Führer der Partei hat sie nicht nur verlassen, sondern in seiner Stellung als Staatspräsident die Zerstörung der Partei gesegnet.»

Antikommunismus statt Vergangenheitsbewältigung

In den Medien wird inzwischen über die moralische und politische Schuld der Partei diskutiert. Während die einen die kollektive Schuld und Verantwortung von Millionen Parteimitgliedern für die Straftaten der Parteiführung und für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes bestreiten, fordern die anderen einen «antikommunistischen Nürnberg-Prozess».

In dieser Beziehung war der Augustputsch ein wichtiger Meilenstein. Während noch vor dem Putsch ernsthaft über die Reformie-

rung der Partei diskutiert wurde – beispielsweise publizierte die parteikritische Zeitung «Iswestija» (8.8.91) einen Beitrag über «Überlegungen zum Entwurf des neuen Programms der KPdSU» –, fragte nach dem Putsch sogar die «Prawda», das frühere Zentralorgan des Zentralkomitees, «Lohnt es sich, die KPdSU zu reanimieren?».

Bezeichnend ist auch, wie selbstverständlich heute der Ausdruck «Antikommunismus» gebraucht wird. Während im Westen viele Demokraten und Antitotalitaristen sich immer dagegen gewehrt haben, als Antikommunisten bezeichnet zu werden, weil sie für sich und andere das Prinzip der Freiheit der Glaubensinhalte hochhielten, wird in der Sowjetunion heute der Antikommunismus als selbstverständliche Erscheinung und Geisteshaltung betrachtet.

So schreibt beispielsweise Professor Wladimir Kutjrew in seinem Artikel «Sinn und Perspektiven des sowjetischen Antikommunismus» in «Dialog» Nr.6, 1991: «Heute ist der Antikommunismus in unserem Land eine alltägliche Realität, das Bewusstsein eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung. Auf seiner Plattform vereinigen sich verschiedene politische Kräfte. Oft ist dies das einzige Element ihres Zusammenwirkens. Aus einer abstrakten getarnten Erscheinung verwandelt sich der Antikommunismus in eine offene gesellschaftliche Strömung.» ■